

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

Brigitte Erb / Günter Groß

Obwohl die Tendenzen der demographischen Entwicklung in Deutschland bereits seit längerer Zeit absehbar sind, werden die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen erst in den letzten Jahren von den Medien intensiver aufgegriffen. Neben dem Geburtenrückgang als Megatrend, in dessen Folge die Einwohnerzahlen stetig sinken werden, wird dabei die zunehmende „Überalterung“ der Gesellschaft thematisiert. Institute, Kommissionen und Parlamente befassen sich inzwischen verstärkt mit den voraussichtlichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Gesellschaft. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass in den Medien neue Szenarien über die Folgen des Geburtenrückgangs und über die „Vergreisung“ der Gesellschaft dargestellt werden. Ähnliches gilt für die damit zusammenhängenden Finanzierungsprobleme der Alterssicherungssysteme. Dem ländlichen Raum wird dabei im Allgemeinen keine Zukunft als Wohn- und Lebensort für ältere Menschen eingeräumt. Diese zieht es nach einhelliger Aussage vieler Studien wieder in die Städte und Ballungsräume, wo die notwendigen Strukturen dichter sind und das alltägliche Leben den Senioren vermeintlich leichter fällt. Solche Szenarien und Vorhersagen sollten jedoch nicht vorschnell übernommen, sondern, bezogen auf die einzelnen Regionen, kritisch hinterfragt werden. Dies scheint dringend geboten, weil sonst diesen negativen Trends eine Unausweichlichkeit der Entwicklung zugesprochen würde, die der Gesellschaft und jedem Einzelnen keinen Gestaltungsspielraum für verantwortliches Handeln ließe. Es könnte so der Effekt einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung entstehen, wenn die Menschen im ländlichen Raum verunsichert werden und zu trendverstärkenden Reaktionen neigen würden. Auch die Übertragung von Einzelaspekten der prognostizierten weiteren demographischen Entwicklung von Teilregionen in Ranking-Listen birgt die Gefahr, dass hier vorschnell zwischen vielen Verlierer-Regionen und wenigen Gewinner-Regionen sortiert wird. Bei solchen Prognosen ist daher neben den statistischen Materialien auch das in der Gesellschaft vorhandene soziale und gemeinschaftliche Potenzial zu berücksichtigen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sich die Studien über die gesellschaftlichen Veränderungen in Folge des voraussichtlichen demographischen Wandels auf überschaubare Regionen, z.B. auf die hessische Rhön, beziehen. Durch kleinräumige Betrachtungen können zudem am ehesten Lösungsansätze gefunden werden, die dem ländlichen Raum auch gerecht werden und entsprechend umsetzbar wären. So erscheint es gerade im ländlichen Raum durch die hier vielfach noch weitgehend intakte Familien- und Vereinsstruktur möglich, den Herausforderungen des demographischen Wandels durch bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe zu begegnen.

Hier soll versucht werden, Kommunen, Vereinen und allen Interessierten zunächst im hessischen Teil der Rhön einen Impuls zu geben, sich kreativ mit der Problematik eines wachsenden Anteils älterer Menschen in ländlichen Gemeinden auseinanderzusetzen und die damit verbundenen Herausforderungen als Chance zu verstehen, auch die eigene Zukunft in der Rhön mitzugestalten. Dabei kann auf den Ansatz der im Jahr 2005 ins Leben gerufenen Regionalinitiative „Rhön-Netzwerk

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

2030¹ zurückgegriffen werden, die sich vorgenommen hat, insbesondere den zukünftigen Senioren-generationen der Rhön frühzeitig Perspektiven für ein Leben im Alter in der ländlichen Region zu geben.

Parallel dazu arbeitet der Verein Natur- und Lebensraum Rhön im hessischen Teil des Biosphären-reservats als Zusammenschluss der verschiedensten Interessensgruppen der Region bereits seit eini-gen Jahren an Konzepten für eine nachhaltige Entwicklung in der Rhön. Auch hier wird die soziale Entwicklung ein Handlungsschwerpunkt der kommenden Jahre sein.

Die wichtigsten Tendenzen und Aspekte des demographischen Wandels

Das Ausgangsproblem ist die seit ca. 30 Jahren (zu) niedrige Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau liegt im Westen der Republik bereits seit 1975 und seit 1990 in Gesamtdeutschland kontinuierlich unterhalb von 1,5. Mit einem Wert von 1,36 Kinder je Frau wurde zwar 2004 ein historischer Tiefstand in Deutschland erreicht, der erst jetzt ein-setzende und sich schnell forcierende faktische Rückgang der Bevölkerung liegt aber überwiegend nicht an dieser geringfügigen weiteren Absenkung. Vielmehr ist entscheidend, dass sich nicht mehr die Frauen der geburtenstarken Jahrgänge im Familiengründungsalter befinden, sondern erstmals die Frauen der geburtenschwachen Jahrgänge. Diese Voraussetzung wird mindestens für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte bestehen bleiben. Zur Erhaltung der Gesamtzahl der Bevölkerung wäre eine Geburtenrate von 2,1 Kindern je Frau erforderlich (BERTELSMANN STIFTUNG 2006).

Von dem zu erwartenden allgemeinen Rückgang der Einwohnerzahlen werden strukturschwache Regionen im ländlichen Raum überdurchschnittlich betroffen sein, wenn es nicht gelingt, die vor-aussichtlichen Wanderungsverluste der jüngeren Erwachsenen zu verhindern. Gefragt sind hier strukturfördernde, standortverbessernde Maßnahmen. Diese müssen einerseits darauf abzielen, den regionalen Wirtschaftsraum zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Andererseits gilt es, die Stand-ortvorteile zu erkennen, die an Stelle eines wohnortnahen Arbeitsplatzes für die Entscheidung Erwerbstätiger bei der Wahl des Wohnortes in einer Region von Bedeutung sind, denn die hohe Zahl der Pendler macht deutlich, dass der Arbeitsplatz „um die Ecke“ hierbei nicht der alleinige Aspekt sein kann. Diese Stärken sind als Chance zu sehen und auszubauen.

Die als notwendig angesehene verstärkte Migration von Menschen anderer Nation wird sich nur in prosperierenden Regionen positiv auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken (BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE 2005).

Der Rückgang der im Erwerbsleben Stehenden wird zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen, der bald ein Arbeitskräftemangel folgen wird. Als Konsequenz daraus wird die Frauener-

¹ Das „Rhön-Netzwerk 2030“ besteht bisher als offener Gesprächskreis und versteht sich als Impulsgeber an bestehende Akteursgruppen und Institutionen. Das bisher konkreteste Projekt, das auf Impulse des Rhön-Netzwerkes zurückgeht, hat sich interessanterweise im Vogelsberg entwickelt, wo sich das „Bürgernetzwerk-Vogelsberg 2020“ gegründet hat. Dort wurde dar-aufhin eine systematische Bestandsaufnahme der in den Gemeinden und Ortsteilen vorhandenen lokalen Nachbarschafts-, Bürger- und Altenhilfen durchgeführt. Die dabei erfassten Initiativen wurden „zum runden Tisch“ zusammengeführt und arbeiten nun vernetzt an dem gemeinsamen Ziel, im Vogelsbergkreis solche lokalen Bürgerbündnisse in allen Gemeinden zu installieren. Das Rhön-Netzwerk 2030 ist zudem auf Tagungen und Veranstaltungen präsent und wirbt für einen vorausschau-enden und eigenverantwortlichen Umgang mit dem Zukunftsthema „gealterte Gesellschaft im ländlichen Raum“.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

werbsquote deutlich steigen, was auch der Aufrechterhaltung der beitragsfinanzierten Sozialversicherungen dient. Damit fallen aber die heute nicht oder nur teilweise berufstätigen Frauen als derzeitige Stützen des Sozialsystems im ländlichen Raum (Kinder- und Altenbetreuung, häusliche Pflege) weitgehend aus (STATISTISCHES BUNDESAMT 2006). Die alleinige Erhöhung der Frauenerwerbsquote steht damit offensichtlich im Gegensatz zu dem gesellschaftspolitischen Ziel, die Zahl der Geburten steigen zu lassen. Als Ausweg muss versucht werden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, was u.a. entsprechende Aufwendungen der Kommunen notwendig macht (Kinderhorte, Ganztagskindergärten und -schulen, Arbeitsplätze am Ort).

Die deutliche Erhöhung des Durchschnittsalters und der Anstieg der Zahl der Menschen über 60 Jahre im Zeitraum bis 2050 geht zum einen auf die angestiegene und weiter ansteigende Lebenserwartung zurück, wird überwiegend aber durch die Tatsache verursacht, dass in den nächsten 25 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre ins Rentenalter kommen werden. Für diese werden die Alterseinkommen unter den gegebenen Bedingungen des umlagenfinanzierten Rentensystem gegenüber dem heutigen Niveau deutlich niedriger ausfallen; der materielle Lebensstandard wird für diese Rentnergeneration voraussichtlich nicht zu halten sein (INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2005).

Rückläufige Einwohnerzahlen bedeuten für die Kommunen eine drastische Verschärfung der finanziellen Probleme gleich in mehrfacher Hinsicht:

- Anstieg der Pro-Kopf-Kosten für alle kommunalen Leistungen, insbesondere für den Erhalt der Infrastruktur
- Rückgang der Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich, da sich diese an der Einwohnerzahl bemessen
- Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung
- Absinken der Steuer- und Gebühreneinnahmen durch sinkende Einwohnerzahlen.

(ENQUETEKOMMISSION DES HESSISCHEN LANDTAGS 2005)

Alle genannten Tendenzen sind nicht mehr durch eine zwar wünschenswerte, aber in Deutschland nicht realisierbare, schnelle Steigerung der Geburtenrate abwendbar. Selbst wenn jetzt entsprechende Maßnahmen sofort greifen würden, wären die positiven Auswirkungen frühestens in Jahrzehnten erkennbar. Entsprechend muss die Grundtendenz des demographischen Wandels mittelfristig als weitgehend gegeben akzeptiert werden.

Der demographische Trend in der hessischen Rhön

Die Prognosen über die regionale Bevölkerungsentwicklung sehen die Einwohnerzahl des Landkreises Fulda bis 2020 als relativ stabil an. Für die Stadt Fulda und stadtnahe Gemeinden wird sogar ein Einwohnerzuwachs erwartet. In Hessen fallen die Prognosen nur für Teile des Rhein-Main-Gebietes ähnlich günstig aus. Dagegen wird für Nachbarregionen wie Vogelsberg, Waldhessen und Werra-Meißner ein sehr düsteres Bild gezeichnet (ENQUETEKOMMISSION DES HESSISCHEN LANDTAGS 2005). Die recht positiven Prognosen für den Landkreis Fulda dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in der hessischen Rhön in 25 Jahren ein im Vergleich zu heute großer Teil der Bevölkerung über 60 Jahre und fast jeder zehnte Bürger über 80 Jahre alt sein wird. Auch die übrige

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

gen vorgenannten Tendenzen, wie die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und der relative Rückgang der Alterseinkommen, werden in der Region wirken und die Gesellschaft verändern. Zudem ist zu berücksichtigen, dass selbst in der kleinräumigen hessischen Rhön die Entwicklungen uneinheitlich verlaufen werden. Nicht alle Kommunen profitieren gleichermaßen von der Nähe zum Oberzentrum Fulda und von den günstigen Verkehrsverbindungen ins Rhein-Main-Gebiet.

Die überwiegenden Teile des Landkreises Fulda weisen typische Merkmale des ländlichen Raumes auf. Kennzeichen sind dörfliche Siedlungsstrukturen, in denen sich die bis vor wenigen Jahren andauernde Dominanz der Landwirtschaft widerspiegelt. Die Landwirtschaft hat durch den immer schneller fortschreitenden Strukturwandel die gestaltende Funktion in der Entwicklung der Dörfer jedoch inzwischen verloren. In den letzten Jahrzehnten wurden zudem in den meisten Gemeinden bzw. deren Ortsteilen Neubaugebiete geschaffen, deren Einwohnerzahlen insbesondere im direkten Umland von Fulda die der alten Ortskerne teilweise bei weitem übersteigen. Dennoch konnte sich in der hessischen Rhön sowohl im Bewusstsein der Bürger als auch im Erscheinungsbild der Siedlungslandschaft der ländliche Charakter erhalten.

In diese Richtung weisen zumindest die demographischen Vergleichswerte. So ist der Familienanteil überdurchschnittlich hoch und der Anteil der Ein-Personen-Haushalte sowie der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber Stadtregionen vergleichsweise gering. Die meisten Menschen wohnen zudem in ihren eigenen Häusern, was grundsätzlich als Zeichen für eine intensive und dauerhafte Bindung der Menschen an ihr Wohnumfeld gilt. Hinzu kommen stabile soziale Strukturen und ein gefestigtes eher traditionell geprägtes Werte- und Gemeinschaftsgefüge.

Mit „ländlicher Raum“ ist die hessische Rhön jedoch unzureichend beschrieben, weil sie nicht mit den deutlichen Strukturschwächen belastet ist, die für andere periphere Räume, insbesondere in den neuen Bundesländern, inzwischen kennzeichnend sind. Vielmehr profitiert die hessische Rhön als Umlandregion von nahen Oberzentren und von einer verkehrsstrategisch günstigen Lage, wobei dennoch traditionelle ländliche Strukturen erhalten blieben. Solche Regionen, deren Einwohnerzahlen bis heute noch steigen, weisen gute demographische Vergleichswerte vor. So ist das Durchschnittsalter durch den überdurchschnittlich hohen Anteil junger Familien mit Kindern relativ gering (BERTELSMANN STIFTUNG 2006). Von negativer Wirkung ist jedoch, dass bei den meisten Kommunen im Landkreis Fulda die Wohn- gegenüber der Arbeitsplatzfunktion deutlich überwiegt und der Anteil höher qualifizierter Arbeitsplätze unterdurchschnittlich gering ist. Die Arbeitslosenquote liegt allerdings unter dem Landesdurchschnitt, und die Bevölkerung wuchs in den letzten zehn Jahren stärker als im hessischen Durchschnitt. Nach wie vor weist die Wanderungsbewegung einen positiven Saldo auf, d.h., es gibt im Landkreis Fulda mehr Zuzügler als Abwanderer.

Auf die Situation der Stadt Fulda als regionales Zentrum von zentraler Bedeutung soll hier nur soweit eingegangen werden, wie diese für die demographische Entwicklung der angrenzenden ländlichen Kommunen Bedeutung hat. Die Stadt Fulda hat für das ländliche Umfeld so weitreichende zentralörtliche Funktionen übernommen, dass sich in den letzten Jahrzehnten – ermöglicht durch die Zunahme der allgemeinen Mobilität – die Versorgungsstrukturen der umliegenden ländlichen Gebiete zu Gunsten der Stadt Fulda zurückgebildet haben. Das betrifft insbesondere den Einzelhandel, aber auch den übrigen Dienstleistungssektor, das Gesundheitswesen sowie das Kulturangebot. Diese Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie funktioniert solange gut, wie die Bevölkerung den jetzt gegebenen Mobilitätsgrad, der durch die Berufstätigkeit der Mehrheit

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

bedingt ist, aufrechterhalten kann. Für die zukünftigen Senioren generationen des Umlandes wird dies durch die im Alter eingeschränkte Mobilität jedoch fraglich. Daher stellt die Aufrechterhaltung der im ländlichen Raum notwendigen Mobilität auch für ältere Menschen einen sehr entscheidenden Faktor bei der Beurteilung der Frage dar, ob und wieweit ihr jetziger Wohnort für sie auch als Alterssitz in Betracht kommt. Als Alternativstrategie zur dauerhaften Gewährleistung der Mobilität empfiehlt es sich, lokale Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen (wieder) aufzubauen bzw. zu stärken. Dieser Aspekt steht mit im Zentrum der Zukunftsaufgabe, den ländlichen Raum auf die Bedürfnisse der gealterten Gesellschaft abzustimmen; er wird im Weiteren noch beleuchtet werden.

Herausforderung „demographischer Wandel“ in der hessischen Rhön

Verglichen mit anderen ländlichen Regionen, befindet sich die hessische Rhön – wie beschrieben – in einer relativ guten Ausgangsposition, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man sich in der Region nicht strategisch intensiv mit der Zukunftsaufgabe „demographischer Wandel“ auseinandersetzen muss. Antworten müssen insbesondere auf drei Fragen gefunden werden:

1. Wie können auch zukünftig Wanderungsverluste im ländlichen Raum verhindert werden? Wie können die Einwohner in der Region gehalten und vielleicht sogar weitere Menschen für die Region gewonnen werden?
2. Wie kann die bestehende Infrastruktur erhalten und finanziert werden, wenn zumindest langfristig mit einem Rückgang der Einwohnerzahlen zu rechnen ist?
3. Welche Voraussetzungen können oder müssen unter den erschwerten Bedingungen des ländlichen Raumes insbesondere für den wachsenden Anteil älterer und hochaltriger Mitmenschen geschaffen werden, damit sich diese letztlich nicht für die Abwanderung in die städtische Umgebung entscheiden?

Die Antwort auf die erste Frage nach der Verhinderung zukünftiger Wanderungsverluste besteht in erster Linie aus klassischen Maßnahmen zur Entwicklung der Region als Wirtschaftsstandort, insbesondere mit der Intention, attraktive Arbeitsplätze zu halten oder schaffen und ergänzend dazu gute Verkehrsanbindungen zu den Arbeitsplätzen der Wirtschaftszentren ggf. auszubauen. Diese Maßnahmen sollten auch in Zukunft Vorrang genießen, da nur auf diese Weise vor allem junge Erwerbstätige in der Region gehalten werden können. Soweit Wanderungsverluste unmittelbar an nicht vorhandenen oder unattraktiven Arbeitsplätzen bzw. unzumutbaren Wegstrecken festzumachen sind, obliegt die Verantwortung den staatlichen Einrichtungen und der Wirtschaft. Gleiches gilt für den Saldo bei der sogenannten Bildungswanderung, dem Umstand, dass ein erheblicher Teil der Jugend die jeweilige Region zumindest vorübergehend verlässt, um ein Studium oder eine geeignete Ausbildung zu absolvieren. Die Zahl der Jugendlichen, die in die Region zurückkehren, hängt wiederum vom Vorhandensein auch höher qualifizierter Arbeitsplätze ab.

Auch die zweite Frage nach der Nachhaltigkeit der Infrastruktur im ländlichen Raum ist auf den ersten Blick nur kommunal- und gesamtpolitisch zu beantworten. Fasst man den Begriff Infrastruktur hier jedoch weiter und realisiert, dass damit alle Leistungen verstanden werden können, die der Einzelne oder die einzelne Familie ganz unabhängig vom Alter in seinem/ihrer Wohn- und Lebensumfeld benötigt, so erkennt man eine "Verantwortungsgemeinschaft" aus Kommune, Wirtschaft,

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

Regionalmanagement und Bürgern, die alle das ihnen Mögliche erbringen müssen, um diese Zukunftsaufgabe zu lösen.

Die hinter der dritten Frage stehende Aufgabe, attraktiver Wohnumfelder auch in einer gealterten Gesellschaft im ländlichen Raum zu erhalten und tragfähige Sozialstrukturen zu schaffen, ist nach unserer Auffassung nur zu lösen, wenn es gelingt, den aktuell zu beobachtenden Trend zu mehr gemeinwohlorientiertem Bürgerengagement (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002) auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu lenken. Die Stärkung der Zivilgesellschaft erscheint als aussichtsreichste Strategie, auch in Zeiten der gravierenden Veränderungen der Sozialstruktur durch die Folgen der gealterten Gesellschaft die „soziale Nachhaltigkeit“ zu stabilisieren und zu gewährleisten. Entsprechende Konzepte zur Verbesserung der sozialen Integration auf lokaler Ebene müssen so angelegt sein, dass sich die Bürger unabhängig von ihrer Generationszugehörigkeit und unabhängig von ihrer aktuellen Lebenslage mit dieser Zukunftsaufgabe identifizieren und darin die Vorsorge für die eigene Altersphase erkennen. Aufgrund der zentralen Bedeutung, die der Zivilgesellschaft als gestaltender Kraft in diesem Prozess zukommt, soll im Weiteren insbesondere darauf eingegangen werden.

Bürgerschaftliches Engagement als Antwort auf die Herausforderungen

„Den demographischen Wandel gestalten – Wege zur Selbstorganisation älterer Menschen“ lautete das Motto einer Fachtagung in Eisenach im Herbst 2005. Hier wurde an zahlreichen Beispielen gezeigt, wie durch vorausschauendes und solidarisches Handeln eine Perspektive für ein erfülltes und sicheres Leben im Alter auch und gerade im ländlichen Raum geschaffen werden kann. Allen Beiträgen gemeinsam war die Erkenntnis, dass den Seniorengenerationen von morgen eine große Bedeutung zukommen wird, wenn es darum geht, ländliche Versorgungs- und Sozialstrukturen aufrecht zu erhalten, das Gemeinschaftsleben in Dörfern, Ortsteilen und Siedlungen zu gestalten und die Lebensqualität im ländlichen Raum zu verbessern.

Auch für die Region Rhön liegt in der Mobilisierung dieses Bürgerengagements eine große Chance. Ob sich die hessische Rhön im Wettbewerb der Regionen nachhaltig als bevorzugter Wohn- und Lebensraum behaupten kann, ist auch davon abhängig, inwieweit es gelingen wird, regionale Lösungen für die aktive Auseinandersetzung mit der gealterten Bürgerschaft im ländlichen Raum zu finden und umzusetzen.

Nicht alle zu erwartenden gesellschaftlichen Veränderungen gehen unmittelbar auf die Wirkung des demographischen Wandels zurück. Vielmehr werden sich auch andere Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte auswirken, wie insbesondere die bereits fortgeschrittene Individualisierung der Gesellschaft. Bereits heute ist die Gesellschaft – auch im ländlichen Raum – zunehmend durch Heterogenität gekennzeichnet. Es findet sich eine Vielzahl von Lebenslagen und Lebensstilen, die sich in unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Gruppen widerspiegelt. Dies ist von Relevanz, wenn es um Konzeptansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels im ländlichen Raum geht. Diese haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie alle Teile der Gesellschaft erreichen und sowohl vielfältig als auch konsensorientiert sind.

Die Beschreibung der Bürger einer Generation oder einer Region durch vereinfachende und pauschale Verallgemeinerung ist abzulehnen, weil sie der vorhandenen Vielfalt nicht gerecht wird. Den-

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

noch kann zwischen einzelnen Gruppen differenziert werden, die sich in ihrer Beziehung zum Wohn- und Lebensumfeld teilweise deutlich unterscheiden. Dies gilt zunächst für die Unterscheidung zwischen denjenigen, die in der Region Rhön traditionell und familiär verwurzelt sind und denjenigen, die sich für die Rhön als Wahlheimat entschieden haben. Von Interesse ist diese Differenzierung für den Zukunftsansatz „gealterte Gesellschaft im ländlichen Raum“ insofern, als für die letztgenannte Gruppe eher die optionale Alternative eine Rolle spielt, für den letzten Lebensabschnitt ggf. entweder in die frühere Heimatregion zurückzukehren oder dem ländlichen Raum gänzlich den Rücken zu kehren. Vorhandenes Wohneigentum gilt dabei längst nicht mehr als Garant für die Beibehaltung des derzeitigen Wohnortes. Ferner ist es nachvollziehbar, dass diejenigen, die vor Ort über keine familiären Bindungen verfügen, sich für die Altersphase nach Alternativen umsehen, um der drohenden Vereinsamung im Alter zu entgehen. Dafür wird entweder der Wechsel des Wohnortes in Erwägung gezogen oder die Schaffung persönlicher Beziehungsstrukturen, die im Alter ähnlich belastbar und zuverlässig sein sollten wie die (Groß)Familie.

Der Trend zu verstärkter Wohnmobilität im Alter zeigt sich oft mit dem Beginn des Rentenalters. Der Wohnortwechsel für den letzten Lebensabschnitt hat sich neben den klassischen (Ab-)Wanderungsgründen (Arbeitsplätze und Bildungsstätten, insbesondere Hochschulen, Familie) inzwischen etabliert. Neu ist jedoch die Richtung, in der diese Wanderungsbewegung verläuft. So war auch bisher die Bereitschaft jüngerer Senioren zu beobachten, sich für die Phase nach dem Erwerbsleben räumlich neu zu orientieren. Die in der Rhön in der Vergangenheit vielfach zu lesenden Anzeigen mit dem Tenor „älteres Ehepaar sucht Häuschen im Grünen als Altersruhesitz“ ist jedoch zur Seltenheit geworden. Das Bedürfnis, im naturnahen, ländlichen Umfeld zu leben, ist wahrscheinlich bei vielen Menschen auch und gerade im Alter, wenn die Verpflichtungen der Erwerbsarbeit überwunden sind, nach wie vor vorhanden. Diesen Schritt, nach dem Erwerbsleben „aufs Land“ zu ziehen, wagen jedoch immer weniger Menschen. Insofern scheint die Verunsicherung durch den strukturellen Abbau bereits zu wirken. Für den ländlichen Raum ist es wichtig, dass sich diese Trendumkehr nicht verfestigt. Es wäre auch bedauerlich, wenn sich bei jüngeren Rentnern, die als Berufstätige teilweise jahrzehntelang aus dem ländlichen Raum zu ihren Arbeitsplätzen im Ballungsraum gependelt sind, eine Landflucht durchsetzen würde. Die Folgen wären gravierend, da die Senioren als Bürger, Konsumenten, Kunden, Hauseigentümer und nicht zuletzt als ehrenamtlich Tätige sowie als Wissens- und Erfahrungsträger und vor allem als Mitmenschen für jede Region ein wichtiges Potenzial darstellen, dessen Bedeutung in Zukunft noch zunehmen wird.

Es liegt in der Verantwortung der Kommunen und der für das Regionalmanagement verantwortlichen Institutionen, ob für eine Region diese zunehmende Wanderungstendenz jüngerer Senioren eher Chance oder eher Risiko darstellt. Ausschlaggebend ist, wie die jungen Senioren für sich die Zukunftsfähigkeit ihres Wohn- und Lebensumfeldes im ländlichen Raum einschätzen. Dem (noch) verbreiteten Grundbedürfnis, auch im Alter am bisherigen Wohnort zu bleiben, steht die Verunsicherung entgegen, ob und inwieweit das derzeitige Wohnumfeld auch für die Phase der Hochaltrigkeit geeignet ist. Als bevorzugte Region in günstiger zentraler Lage könnte es der Rhön gelingen, nicht nur diese Verunsicherung zu entkräften, sondern sich darüber hinaus als idealer Wohn- und Lebensraum für Senioren zu empfehlen.

Die Senioren von morgen

Den aktuellen Debatten über die Folgen des demographischen Wandels zum Trotz, ist die Altersstruktur bis heute in Deutschland eher günstig, weil die geburtenstarken Jahrgänge noch voll im

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

Erwerbsleben stehen. Akute Sorgen der Rentenkasse haben ihre Ursache eher in der hohen Arbeitslosigkeit und in Belastungen durch versicherungsfremde Leistungen. Daher wird die jetzige Senioren-generation mit den dargestellten Folgen kaum belastet werden. Betroffen sind die heute 40- bis 60jährigen als die kommende Senioren-generation. Tröstlich ist nur, dass diese Jahrgänge noch Zeit haben, sich auf den kommenden Lebensabschnitt vorzubereiten. Durch private Vorsorge und aktive Mitgestaltung des sozialen Umfeldes können die Senioren von morgen ihr Schicksal zumindest teilweise noch in die eigene Hand nehmen.

Die kommenden Senioren-generationen werden aktiver und mobiler sein – teils aus der Notwendigkeit heraus, ihre Lebensverhältnisse den Gegebenheiten und dem Einkommen anzupassen, teils aus der relativen Ungebundenheit heraus, die sie im Vergleich zu den heutigen Senioren zeigen. Dazu gehört auch die bereits dargestellte Tendenz, sich im Alter, soweit notwendig, nochmals ein gänzlich anderes Wohn- und Lebensumfeld zu schaffen und sich die Region, in der man die letzten Jahre leben möchte, aktiv auszusuchen. Insgesamt werden die Senioren von morgen nicht nur wegen ihres zahlenmäßigen Gewichtes eine größere gesellschaftliche Rolle spielen. Die Generation der heute 40- bis 60jährigen wird auch mit anderen Lebenserfahrungen und anderen Erwartungen ins Rentenalter gehen. Diese Generation ist in einer Zeit groß geworden, in der es für viele alltäglich war, sich zur Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele bzw. von Gruppeninteressen zu Initiativen zusammenzuschließen. Auch die lebenslange Orientierung an einem unveränderten Wertekanon ist in dieser Generation seltener festzustellen. Die Lebensmuster und Lebensphasen sind dafür zu wechselhaft geworden. Dafür ausschlaggebend ist aber weniger die bewusste Werteorientierung einer Generation, als vielmehr die Relativierung des tradierten gesamtgesellschaftlichen Gefüges während der letzten 30 Jahre. Die Senioren von morgen haben entsprechend vielfältigere Lebensformen und Lebensstile kennengelernt. Ihre Biographien verliefen, verglichen mit denen der heutigen Senioren, weniger geradlinig und weniger einheitlich. Daher werden auch die Voraussetzungen für die Gestaltung und Bewältigung der Altersphase in dieser Generation sehr unterschiedlich sein. Es wird nicht mehr die Generation von Rentnern sein, in der sich alle auf die Altersbezüge aus der Rentenkasse verlassen können. Alle Lebenslagen werden vertreten sein: die gut Abgesicherten, die Vermögenden, aber eben auch die, die mit vergleichsweise sehr geringen Altersbezügen auskommen müssen. Die Sensibilisierung der heute 40- bis 60jährigen für die Notwendigkeit, ihre Altersphase eigenverantwortlich vorzubereiten, scheint in Teilen bereits gelungen, muss aber dringend fortgesetzt werden. Dabei kann vielfach auf die Lebensentwürfe der zukünftigen Senioren Bezug genommen werden. Werden diese nämlich nach ihrem Leben im Alter gefragt, rangiert aktives und kreatives Gestalten der eigenen Zukunft sowie Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem bis hin zu Experimentierfreude ganz vorne (OPASCHOWSKI 2004). Sie wollen und müssen ihre (Alters-)Zukunft selbst in die Hand nehmen und kreativ Lösungen finden, die ihnen ein Leben nach ihren Vorstellungen auch im Alter ermöglichen.

Es besteht auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht die dringende Notwendigkeit, den Senioren von morgen mehr Verantwortung für sich und für ihr soziales Umfeld zu übertragen. Für die Kommunen wird es Hauptaufgabe sein, junge Familien zu fördern sowie Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Hauptaugenmerk wird daher seitens der Kommunen nicht auf die ältere Bevölkerung gelegt werden können. Ein Aufrechterhalten der Sozial- und Strukturleistungen für Senioren auf heutigem Niveau würde durch die zunehmende Zahl der Senioren bereits einen Rückgang der Leistungen für jeden einzelnen Betroffenen bedeuten. Von einer Steigerung der kommunalen Leistungen für Senioren proportional zum Anstieg älterer Menschen ist jedoch aufgrund der leeren öffentlichen Kassen

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

nicht auszugehen. Zu gleichen Ergebnissen muss man kommen, wenn man die Möglichkeiten der Bundesländer, des Bundes und der Sozialversicherungen betrachtet.

Daraus entsteht die günstige Konstellation, dass die Bedürfnisse der zukünftigen Senioren- generation nach aktiver Gestaltung ihres Lebensumfeldes mit den Anforderungen der Gesellschaft übereinstimmen, bei der Zukunftsaufgabe „Bewältigung der Herausforderungen einer gealterten Gesellschaft im ländlichen Raum“ verstärkt auf bürgerschaftliches Engagement und auf Selbsthilfe der Betroffenen zu setzen. Staat und Kommunen sollten dadurch jedoch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Auf sie kommt die Aufgabe zu, dieses Bürgerengagement durch Impulse und die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen zu initiieren und durch Steuerungs- sowie Förderungsmaßnahmen so zu entwickeln, dass auch bei einem hohen Anteil älterer Menschen und einem leichten Rückgang der Bevölkerungszahlen stabile und nachhaltige Strukturen für seniorengerechte Lebensverhältnisse geschaffen werden.

Ziel sollte eine von den Bürgern getragene und von den Kommunen unterstützte, breite Sozialinitiative sein, die durch ehrenamtliche Arbeit und Gemeinschaftsprojekte derart integrierend wirkt, dass die dörfliche Gemeinde und die Nachbarschaft (wieder) zum zuverlässigen Rahmen für ein würdevolles Leben der Bürger im Alter werden. Von der Seniorenpolitik im bisherigen Sinne müsste sich eine solche Bewegung markant unterscheiden. Zum einen, weil vorerst diejenigen als Hauptakteure gelten, die sich auf ihre zukünftige Altersphase vorbereiten, und zum anderen, weil die Schaffung und Stärkung der lokalen Sozialstrukturen allen Generationen und gerade auch den jungen Familien und Kindern zugute kommen sollte. Fernziel wäre es, die Senioren selbst in der Rolle der aktiv gestaltenden Akteure zu sehen, die durch ihr Engagement zu einer der tragenden Säulen in der örtlichen Sozialstruktur werden.

Lokale Sozialstrukturen stärken – auf vorhandenen Strukturen aufbauen

Strategien zur Stärkung des sozialen Zusammenhangs innerhalb der Generationen und über deren Grenzen hinaus müssen auf den lokalen Gegebenheiten basieren, da sich die sozialstrukturellen Verhältnisse bereits zwischen den Ortsteilen von Gemeinden gravierend unterscheiden können. Somit ist auch die Dringlichkeit, auf den demographischen Wandel zu reagieren bzw. seinen unerwünschten Folgen vorzubeugen, von Ort zu Ort unterschiedlich. Verallgemeinernde Konzepte sind daher zu vermeiden. Es muss der Blick in das Innere der jeweiligen dörflichen Strukturen gerichtet werden, was nur gelingt, wenn die örtlich vorhandenen Gruppen, Kirchengemeinden und Vereine als Insider für eine „Bestandsaufnahme soziale Nachhaltigkeit“ sensibilisiert werden können. Die Potenziale der vor Ort vorhandenen Strukturen und deren Tragfähigkeit müssen transparent werden. Diese Aufgabe kann nur von oder mit den derzeitigen lokalen Akteuren erfolgreich gelöst werden. Nur mit diesen Multiplikatoren wird es auch möglich sein, auf die einzelnen Ortsteile bezogene Profile als Grundlage für weitere Maßnahmen und Initiativen zu erstellen. Dieser Ansatz, auf vorhandenen Strukturen aufzubauen, soll den betroffenen Bürgern durch Impulse zwar eine Starthilfe geben, die weitere Entwicklung aber den lokalen Akteuren selbst anvertrauen. In Impulsveranstaltungen sollten behutsam die absehbaren Entwicklungen und gestaltbaren Chancen positiv dargestellt, Verunsicherung und Schwarzmalerei jedoch vermieden werden.

Für die weitere Konkretisierung lokaler Maßnahmen können die Stärkung des Gemeinschafts- bewusstseins, das Aufeinanderzugehen der Generationen, die Öffnung der Dorfgemeinschaften für bisher kaum integrierte Ortsansässige und die Vision einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft als

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

weiche Faktoren sowie die Schaffung und Verbesserung konkreter Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen als harte Faktoren angesehen werden.

Nachbarschaftshilfen und lokale Bündnisse

Als sehr wirkungsvolles Instrument zur Förderung kooperativer lokaler Sozialstrukturen haben sich „organisierte“ Nachbarschaftshilfen bewährt, wie sie in den letzten Jahren bundesweit in zahlreichen Gemeinden gegründet wurden. Mit dem Ziel, alten Menschen und Hilfsbedürftigen bei den Aufgaben des alltäglichen Lebens behilflich zu sein, Einsamkeit zu lindern und sozialen Halt zu geben, sind sie koordinierend tätig zwischen denjenigen, die Hilfe geben können und denen, die Hilfe benötigen. Ob die Hilfe auf Tauschbasis in Zeitbörsen oder gegen eine geringe Aufwandspauschale erfolgt, ist sekundär, solange die klare Abgrenzung von Ansätzen der Schwarzarbeit und die Koordinierung mit professionellen Pflegediensten gelingt.

Ziel sollte es sein, weitere Nachbarschaftshilfen zu initiieren und diesen eine möglichst nachhaltige Struktur zu geben, sodass die Hilfeleistenden mit begründetem Vertrauen davon ausgehen können, in ihrer eigenen Lebensphase als Hochaltrige oder bei sonstiger Hilfsbedürftigkeit selbst auf die Nachbarschaftshilfe zurückgreifen zu können.

Multifunktionale Begegnungsstätten

Soweit im direkten Wohnumfeld keine Versorgungsstrukturen für die Sicherstellung der Grundversorgung vorhanden sind, muss das Mobilitätsangebot seniorenrecht gestaltet und nachhaltig gesichert werden. Dies erfordert einen entsprechenden Ausbau des Öffentlichen Personen- und Nahverkehrs (ÖPNV) oder zusätzliche Fahrdienste durch Bürgerinitiativen (Bürgerbusse, Sammeltaxi o.ä.). Alternativ oder ergänzend wären lokale „Versorgungszentren“ zu schaffen, die – wenn nicht gewerblich lohnend – durch Fördervereine und Kooperationen zu betreiben wären. Deren Auslastung könnte dadurch verbessert werden, dass diese Zentren nicht nur der Grundversorgung z. B. als Verteilstellen von Einkaufsgemeinschaften dienen, sondern darüber hinaus auch als Kommunikationszentren zur Verfügung stehen und so gesehen als weiterentwickelte, das heißt auch offene Bürgerhäuser fungieren.

Neue und altengerechte Wohnformen auch im ländlichen Raum

Ältere Menschen verbringen einen erheblich größeren Anteil ihrer Zeit in ihren Wohnräumen und ihrem direkten Wohnumfeld als jüngere Generationen. Bereits daraus resultieren spezifische Wohnbedürfnisse älterer Menschen. Die Wohnsituation wird von älteren Menschen im hohen Maße danach beurteilt, ob diese so beschaffen ist, dass keine Vereinsamung droht. Es wird Wert darauf gelegt, bestehende soziale Kontakte weiter pflegen oder neue Kontakte knüpfen zu können. Auch bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit möchte der weitaus größte Teil im bisherigen häuslichen Umfeld wohnen bleiben und ist daher bestrebt, in solchen Lebenslagen über Möglichkeiten der Hilfe aus dem Umfeld verfügen zu können. Diese Bedürfnisse sind wohl dafür ausschlaggebend, dass ein inzwischen hoher Anteil jüngerer Senioren auch gegenüber neuen Wohnformen aufgeschlossen ist (BERTELSMANN STIFTUNG 2005). Betreutes Wohnen, generationenübergreifendes Wohnen oder Hausgemeinschaften etablieren sich mehr und mehr als Modelle für altersgerechtes Wohnen. Bisher sind diese Wohnformen überwiegend im urbanen Raum zu finden. Es ist jedoch naheliegend, auch und

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

gerade für den ländlichen Raum über neue Wohnkonzepte für ältere Menschen nachzudenken. So sind die meisten Wohnhäuser, seinerzeit für Familien gebaut, für Ein- oder Zweipersonenhaushalte zu groß. In den alten Dorfkernen stehen vermehrt ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäudekomplexe leer. Die hier brachliegenden Möglichkeiten erfordern neue Nutzungs- und Wohnkonzepte, die auch den Bereich „gemeinschaftliches Wohnen im Alter“ einbeziehen sollten.

Seniorenrechtliches Wohnen schließt natürlich auch den Aspekt barrierefreien Wohnens ein. Faktisch ist zwar nur jeweils ein geringer Teil der Senioren auf rollstuhlgerechte und für die häusliche Pflege geeignete Wohnverhältnisse direkt angewiesen, aus Vorsorgegründen sollten aber dennoch der vorhandene private wie öffentliche Gebäudebestand sowie Wege und Plätze im dörflichem Bereich im möglichen Maße behinderten- und seniorenrechtlich gestaltet werden.

Vernetzung der lokalen Initiativen

Auch bei konsequenter Umsetzung der Strategie, die Initiativen nach den lokalen Bedürfnissen auszurichten und vor Ort wachsen zu lassen, ist die Vernetzung der lokalen Akteursgruppen notwendig. Einem solchem Netzwerk kommt eine koordinierende Funktion insbesondere bei der Weiterentwicklung der lokalen Initiativen und der Öffentlichkeitsarbeit zu. Ferner könnte es als Interessenvertretung gegenüber Entscheidungsträgern in der Region wirken. Der Netzwerkgedanke würde aber auch gewährleisten, dass sich die Akteure laufend über Ansätze, Projekte, Probleme und Erfolge austauschen könnten, wodurch sich eine wünschenswerte Dynamik entfalten könnte.

Vernetzung im Zeitalter des Internets ist auch im technischen Sinne zu verstehen. So könnte in Zukunft ein umfassendes Regionalnetz installiert werden, das den Bürgern in vielen alltäglichen Situationen als Instrument zur Organisation von Hilfe und Kontakt zur Verfügung steht.

Vertrauen schaffen und Perspektiven aufzeigen

Parallel zur Entwicklung konkreter Ansätze sollte durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit den Verunsicherungen und Ängsten der Bürger, im Alter mit Vereinsamung konfrontiert zu werden oder im ländlichen Raum die notwendigen Versorgungsstrukturen zukünftig nicht mehr zur Verfügung zu haben, offensiv begegnet werden. Gegen solche Verunsicherung helfen Vertrauen und zukunftsorientierte Perspektiven. Die Bürger müssen glaubhaft erfahren können, dass für sie im Alter – zumindest bei entsprechendem Eigenengagement – eine Zukunft auch in der ländlichen Region liegt. Das Vertrauen muss dafür durch gezielte Imagekampagnen systematisch aufgebaut und gepflegt werden. Solche Werbekampagnen haben jedoch nur Erfolg, wenn sie auf die Bedürfnisse der künftigen Senioren eingehen und auf substanziellen und überprüfbaren Perspektiven beruhen. Vier Bereiche sind dabei darzustellen:

1. (Soziale) Infrastruktur in der Region mit den Schwerpunkten Gesundheitswesen, Dienstleistungsbereiche für Pflege und Alltagshilfe, ÖPNV.
2. Toleranz und Offenheit der Gesellschaft, Bekenntnis zu vielfältigen Lebensformen, Partizipationsmöglichkeiten der Senioren, Darstellung des ländlichen Raumes als Alternative zu unüberschaubaren und anonymen (Groß-) Städten.
3. Soziales Profil der Region, Engagement von Regional- und Sozialinitiativen. (Die Region muss überzeugend als funktionierende Verantwortungsgemeinschaft beschrieben werden.)

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

4. Region als Erlebniswelt für Senioren, d.h. klassisches Freizeitangebot mit Schwerpunkten Wellness und Kultur, aber auch Naturlandschaft und Gastronomie.

Der ländliche Raum muss sich auf seine Vorteile besinnen und diese offensiv darstellen. Das regionale Sozialprofil ist dafür zu schärfen und der Charakter der Region ist selbstbewusst zu betonen. Dabei hat die hessische Rhön die vorteilhafte Ausgangslage, dass der Naturraum Rhön über ein hohes Identifizierungspotenzial verfügt, das auch integrierend wirkt. Durch das Biosphärenreservat Rhön und die Arbeit des Vereins Natur und Lebensraum Rhön ist es gelungen, das Image der Region und die regionale Identität nachhaltig zum Positiven zu verändern. Dieser Erfolg liegt vor allem auch darin begründet, dass es gelungen ist, alle regionalen Interessensgruppen zu mobilisieren und deren Arbeit im Verein als Verantwortungsgemeinschaft zu bündeln. Es gilt, sich den Aufgaben gemeinsam zu stellen, alle Interessen abzuwägen, nach Lösungen und Wegen zu suchen und diese letztlich auch gemeinsam umzusetzen. Das Biosphärenreservat trifft bei den Bürgern der Region auf hohe Akzeptanz. Es ist erfolgreich vermittelt worden, dass der Leitgedanke des Biosphärenreservats nicht Stillstand bedeutet, sondern die nachhaltige Weiterentwicklung für den Menschen und die Natur in der Region Rhön. Das stellt ein solides Fundament für weitere Entwicklungen dar und beinhaltet die Verpflichtung der Akteure zur Verantwortung, sich frühzeitig und konstruktiv mit den möglichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Region als der Kernfrage der sozialen Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen.

Als Akteure sind hier die Kommunen in besonderer Weise in die Pflicht zu nehmen. Sie verfügen einerseits als kleinste „staatliche Einheit“ über die notwendigen eingehenden Kenntnisse der jeweiligen Situation vor Ort. Andererseits kommt ihnen in dieser Funktion auch eine Lenkungs- und Mobilisierungsaufgabe zu. Frühes Erkennen und ein Sensibilisieren der Verantwortungsträger sowie der Bürgerschaft für den demographischen Wandel und seine Herausforderungen schaffen erst eine Grundlage für ein bürgerschaftliches Engagement. Dabei ist sorgsam darauf zu achten, eine zunehmend älter werdende Gesellschaft nicht als Bedrohung darzustellen, sondern als Entwicklung, der es sich zu stellen gilt und der man durchaus auch positive Aspekte abgewinnen kann. Der zunehmende Vergleich von „jungen“ und „überalternden“ Kommunen lässt ansonsten sehr schnell den Eindruck entstehen, dass Senioren unerwünscht sind und lediglich eine Last darstellen. Vielmehr stellen die Anforderungen der jungen Familien, wie z.B. der Ausbau der Kinderbetreuung, in Zeiten knapper öffentlicher Finanzen ebenfalls große Herausforderungen dar. Aus Sicht der Verantwortungsgemeinschaft wäre es eine Vision künftiger Strukturen, dass zur Deckung eines solchen dringenden Bedarfs junger Familie auf die Unterstützung der reichlich vorhandenen Senioren zurückgegriffen werden kann. Dieses Beispiel macht deutlich, dass es in Zukunft nicht nur darum gehen kann, durch die Kommunen aus öffentlichen Finanzmitteln entstehende Infrastrukturlücken zu schließen, sondern auch einen Rahmen für neue Formen bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen, Denkanstöße zu geben und neue Konzepte für vorhandene Strukturen, wie z.B. Bürgerhäuser und vieles mehr zu suchen. Sofern es den Kommunen gelingt, die eigenen Stärken zu erkennen und zu aktivieren, kann der angestoßene Prozess eine Chance sein, die nicht mit einer finanziellen Überforderung des ohnehin „geschwächten“ ländlichen Raumes einhergeht.

Dem Biosphärenreservat kommt dabei die Aufgabe des Motors zu, der Ideen in der Region entwickelt, ihnen auf den Weg hilft, Pilotprojekte forciert und gelungene Beispiele in seinen Netzwerken kommuniziert. Grundlegende Voraussetzung ist dabei das Einbinden der lokalen Akteure, von deren Wissen und Mitarbeit die Qualität dieses Wirkens abhängt. Als lokale Aktionsgruppe setzt der Ver-

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

ein Natur- und Lebensraum Rhön im hessischen Teil des Biosphärenreservats Zeichen und zeigt auch Handlungsbedarf auf. Misst man der Arbeit dieser regionalen Aktionsgruppe exemplarische Bedeutung zu, müsste hier formulierter Handlungsbedarf bezüglich des demographischen Wandels auch über die Region hinaus auf Bundes- oder Landesebene Gehör finden.

Ausblick

Zur Bewältigung vieler gesellschaftlicher und kultureller Herausforderungen haben sich bereits in der Vergangenheit verschiedene Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland gebildet. Verschiedene Entwicklungen und Ereignisse haben bei den Bürgern Veränderungs- und Gestaltungswillen mobilisiert. Der erkannte Handlungsbedarf hat sich in der Verbandsarbeit und dem ehrenamtlichem Engagement konkretisiert. Oft waren diese Bewegungen Vorreiter bei gesellschaftlichen Prozessen zur Durchsetzung neuer Werte oder Strukturen, die Jahre später von der Mehrheit der Gesellschaft und der Politik als selbstverständlich akzeptiert wurden. Sowohl die sozialen Bewegungen als auch die Naturschutz- und Umweltbewegung hatten als inzwischen einflussreiche Organisationen ihre Anfänge in solchen Prozessen. Nun zeichnet sich eine Entwicklung ab, in deren Verlauf sich Akteursgruppen finden, die sich speziell denjenigen gesellschaftlichen Herausforderungen im ländlichen Raum stellen, die wegen der zunehmend alternden Gesellschaft absehbar sind. Ziel ist die Stabilisierung der sozialen Nachhaltigkeit durch Stärkung und Ergänzung der lokalen Sozialstrukturen. Weil der Ansatz und das Selbstverständnis der Akteure von vornherein auf zivilgesellschaftliche Mittel setzen, steht die Selbsthilfe und die Schaffung von lokalen Bündnissen im Vordergrund. Als Schlüssel zu stabilen und tragfähigen Sozialstrukturen in Nachbarschaften und Dorfgemeinden wird die weitgehende Integration der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (Junge und Alte, Familien und Alleinlebende) angesehen und mithin das Zusammenfinden in lokalen Verantwortungsgemeinschaften, welche die Leitidee „Zukunft gestalten“ mit Kreativität und Engagement umsetzen.

Literatur

- BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG, 2006: Die demographische Lage der Nation, Berlin
- BERTELSMANN STIFTUNG, 2005: Perspektiven für das Wohnen im Alter, Gütersloh
- BERTELSMANN STIFTUNG, 2006: Demographie konkret – Seniorenpolitik in den Kommunen, Gütersloh
- BERTELSMANN STIFTUNG, 2006: Aktion Demographischer Wandel, www.aktion2050.de
- BIRG, Klaus, 2005: Die ausgefallene Generation, München
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE, 2005: Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft, Nürnberg
- DEUTSCHER BUNDESTAG, 2002: Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, Berlin

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

ENQUETEKOMMISSION DES HESSISCHEN LANDTAGS, 2005: Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik, Wiesbaden

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT, 2005: Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels, Köln

OPASCHOWSKI, Horst W., 2004: Deutschland 2020, Wiesbaden

OPASCHOWSKI, Horst W., 2004: Der Generationenpakt, Darmstadt

SACHVERSTÄNDIGENKOMMISSION FÜR DEN FÜNFTEN ALTENBERICHT, 2005: Der 5. Altenbericht der Bundesregierung „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ (Zwischenbericht), Berlin

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2006: Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden